

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Pressevertreter und sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung.

Es werden keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

Der Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung – Antrag der SPD-Fraktion auf Umstellung der Sperrmüllabfuhr im Gemeindegebiet – wird zurückgestellt und zunächst voraussichtlich in einer Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses behandelt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Niederschrift für die öffentliche Sitzung vom 18.09.2008 sowie 25.09.2008 noch nicht versandt wurde.

Des Weiteren informiert der Erste Bürgermeister, dass die für 08.10.2008 anberaumte Gemeinderatssitzung mit dem Thema Bürgerhaus mangels Beschlussfähigkeit des Gemeinderats nicht stattfinden konnte.

Voraussichtlich wird am 10.11.2008 um 17.30 Uhr gemäß Art. 47 Abs. 3 GO eine Einladung des Gemeinderats zur Sitzung zum gleichen Thema erfolgen, wobei dann eine Beschlussfähigkeit unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder des Gemeinderats gegeben ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass versucht wird, ebenfalls für diese Gemeinderatssitzung wieder Fachplaner hinzuzuziehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Hoffmann nachträglich zum Geburtstag.

101

18

### **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse vom 16.07.2008, Nr. G 41 und G 47, werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Realisierung Bürgerhaus Unterföhring: Elektronische Schließanlage und Batteriefuchtwächter (Notausgangs- entriegelung)**

Der Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass im ursprünglichen Planungskonzept für das Bürgerhaus eine mechanische Schließanlage mit Wendeschlüsselausführung (Zylinderschließanlage) vorgesehen war. Auf Grund der positiven Erfahrungen einer elektronischen Schließanlage im Sportzentrum und im Hinblick auf die vielfältige Nutzung des Bürgerhauses sowie den flexiblen Öffnungszeiten wäre der Einbau einer elektronischen Schließanlage und einer Überwachung der Zugangskontrollen von großem Nutzen.

Über das Gebäudeleitsystem ist der zuständige Hausmeister in der Lage, die Außen- und teilweise auch die Innentüren über einen Computer anzusteuern, Zeitschaltungen vorzunehmen und Zugangsberechtigungen mit geringem zeitlichen Aufwand zu erteilen. Beim Verlust von E-Schlüsseln oder Buttons ist eine individuelle Sperrung der einzelnen E-Schlüssel oder Buttons möglich und somit entfällt der kostenintensive Austausch von mechanischen Zylindern.

Herr Georg Daimer, Türmanagement, Ismaning, erläutert dem Gemeinderat ausführlich die Planungen für eine elektronische Schließanlage und die Batteriefuchtwächter (Notausgangsentriegelung) im Bürgerhaus. Die Ausstattung der Fassadentüren und Saaltüren mit Motorschlösser für die zentrale Offenschaltung und Überwachungsanzeige verschlossen, sind auch bei einer konventionellen Schließanlage erforderlich und somit entstehen keine Mehrkosten.

Dies gilt analog für die Brandschutztüren, die im Tagesablauf offen stehen und im Brandfall schließen müssen. Für diese Nutzungsvariante sind zwingend Feststellanlagen für Brandschutztüren erforderlich, die nicht in Zusammenhang mit der elektronischen Schließanlage stehen.

Die Kosten für automatische Türantriebe der behindertenfreundlichen Zugänge in der Tiefgarage, im Erdgeschoss und in der Bibliothek sind ebenfalls nicht mit der elektronischen Zutrittskontrolle in Verbindung zu bringen.

Folgende Kostenschätzung ergibt sich zwischen einer mechanischen und elektronischen Schließung:

In der Bauausschusssitzung am 29.07.2008 wurde die Fluchtwegsituation mit einer vorgeschriebenen Notausgangsentriegelung kurz erläutert und die beiden Varianten vorgestellt.

#### Variante 1

Auf dem Türblatt wird ein grüner Aufsatz, sogenannter Fluchtwächter (nach brandschutzrechtlichen Zulassungsvorschriften muss dieser in der Farbe grün gehalten sein), aufgebracht. Durch das Betätigen der Türklinke kann die Tür allerdings jederzeit geöffnet werden, gleichzeitig wird ein akustischer Alarm

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

ausgelöst. Der Alarm wird manuell durch den Hausmeister abgestellt.  
Die Kosten betragen pro Tür ca. 600,00 € brutto.

#### Variante 2

Im Bereich der Türe Nähe bzw. auf Höhe von Lichtschaltern wird eine Schaltfläche mit einer Zylinder-Schließung und ein Notschalter, der im Brandfall eingeschlagen werden kann, angebracht. Die Türen können während des Betriebs nicht durch Unbefugte geöffnet werden, sie sind grundsätzlich verschlossen und es wird auch nicht durch unsachgemäßes Bedienen ein Fehlalarm ausgelöst. Für dieses System, welches über ein Gebäudeleitsystem überwacht werden kann, werden pro Türe zusätzliche elektromagnetische Türverriegelungen benötigt.

Die Kosten für die Notschalter mit einer Zylinder-Schließung betragen pro Türeinheit ca. 1.900 € brutto.

Dem Gemeinderat werden die beiden Varianten anhand eines Fotodokuments gegenübergestellt.

Insgesamt sind 22 Türen mit einer Notfallentriegelung auszustatten.

Bei Variante 2 entstehen insgesamt Kosten in Höhe von ca. 41.800 € brutto und bei Variante 1 Kosten in Höhe von ca. 13.200 € brutto.

Seitens der Verwaltung wird der Aufbau eines sogenannten Batteriefluchtwächters (DIN EN 179 in grün) für die betreffenden 22 Türen vorgeschlagen, da dieser zweckmäßig ist und den brandschutzrechtlichen Bestimmungen entspricht.

Gegenüberstellung der mechanischen und elektronischen Schließanlage:

Beschreibung	Schätzkosten brutto
SALTO Zutritt 163 Elektronikbeschläge mit Türgriffmodell FSB 1045, der im gesamten Bürgerhaus bereits eingeplant wurde, benötigtes Zubehör, 11 Online 300 Datenträger, Software usw.; mechanische Notschließanlage	123.300 €
Verkabelung, Planungskosten, Elektroplaner	11.900 €
Elektronische Schließanlage komplett	135.200 €
Entfall für 163 Objektgarnituren FSB 1045 Edelstahl	24.400 €
Mechanische Schließanlage gemäß Kostenberechnung vom 12.11.2007	23.800 €
Summe Entfall mechanische Anlage und Beschläge	48.200 €
<b>Mehrpreis elektronische Schließanlage mit FSB Türgriffe 1045</b>	<b>87.000 € 88.200 €</b>

102 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat stimmt der geplanten Ausführungsvariante 1 mit geschätzten Mehrkosten in Höhe von ca. 13.200 € brutto für die Fluchtwegetüren (auf dem Türblatt wird ein grüner Aufsatz angebracht, sogenannter Fluchtwächter)

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

gemäß den brandschutzrechtlichen Zulassungsvorschriften zu.

Das Bürgerhaus ist mit einer elektronischen Schließanlage mit FSB Türgriffe 1045 auszustatten. Die entstehenden Mehrkosten von ca. 87.000/ 88.200 € brutto gegenüber der KOB vom 12.11.2007 werden (Projektänderungsantrag Nr. 6 A) genehmigt.

Az.:6010  
3.1; 3.4; 2.1

#### **Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Schulbedarfsplans für weiterführende Schulen (Gymnasium)**

Mit Schreiben vom 11.09.2008 stellt die SPD-Fraktion im Gemeinderat Unterföhring den Antrag, dass ein Schulbedarfsplan für weiterführende Schulen (Gymnasium) für den nordöstlichen Landkreis erstellt wird.

Des Weiteren wird beantragt, dass die Gemeinde Unterföhring als Standort für ein neues Gymnasium zur Verfügung steht.

Begründung:

1. Ein Schulbedarfsplan soll die tatsächlich vorhandenen Schülerzahlen im nordöstlichen Landkreis ermitteln und daraus Rückschlüsse für benötigte Schulen ermöglichen.
  2. Durch die ständig wachsende Anzahl von Schülern, bedingt durch die Vergrößerung der Gemeinde Unterföhring und der Nachbargemeinden, wird ein zusätzliches Gymnasium in unserem Raum nötig.
- Der Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2008 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte gestellt.

Herr Ebert regt an, zu ergänzen, dass der Antrag dahingehend erweitert wird, dass Unterföhring als Standort nur dann zur Verfügung steht, wenn tatsächlich ein Bedarf in diesem Bereich gegeben ist.

Der Gemeinderat fasst folgenden

103      18      Beschluss: 18 : 0

1. Es ist ein Schulbedarfsplan für den nordöstlichen Landkreis zu erstellen.
2. Die Gemeinde Unterföhring steht als Standort für ein neues Gymnasium zur Verfügung, wenn in dem Raum tatsächlich Bedarf gegeben ist.

Az.:  
0.1; 1.1

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Antrag der SPD-Fraktion auf Ausarbeitung eines Rahmenplanes für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (Bahog-Gelände)**

Mit Schreiben vom 10.09.2008 stellt die SPD-Fraktion im Gemeinderat Unterföhring den Antrag auf Ausarbeitung eines Rahmenplanes für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (Bahog-Gelände).

#### Begründung:

Der Rahmenplan soll aufzeigen, welche zukünftigen Möglichkeiten von Um- und Neubauten sowie Gestaltungen im öffentlichen Raum auf diesem Areal möglich und nötig sind.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2008 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

104      18      Beschluss: 18 : 0

Für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (u. a. Bahog-Gelände) wird die Ausarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplanes für unbedingt notwendig gehalten. Der Gemeinderat erwartet sich neben den städtebaulichen Erkenntnissen auch Hinweise struktureller und verkehrsplanerischer Art.

Az.: 6140  
3.1

#### **Antrag der SPD-Fraktion auf Verknüpfung des Ortsbusses mit der geplanten Tram nach St. Emmeram**

Mit Schreiben vom 10.09.2008 stellt die SPD-Fraktion im Gemeinderat Unterföhring den Antrag, eine Verknüpfung des Ortsbusses mit der geplanten Tram nach St. Emmeram.

#### Begründung:

Nach Fertigstellung der geplanten Tram nach St. Emmeram ist damit zu rechnen, dass die Buslinie 188 ersatzlos gestrichen wird. Um den Gemeindegürgern eine Anbindung an die U-Bahn und die Umsteigemöglichkeiten am Herkommerplatz zu ermöglichen, ist eine Verknüpfung der Ortslinie mit der geplanten Tram unerlässlich.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2008 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Der Fachbereichsleiter Bau und Umwelt teilt mit, dass am Vortrag die Pläne für das Planfeststellungsverfahren für die Tram eingetroffen sind.  
Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des MVV

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

vom 29.08.2008, insbesondere zur Unterföhringer Bonuskarte, hin.

Gemeinderatsmitglied Herr Ebert betont, dass es wünschenswert wäre, dass diese Verknüpfung auch eine Kurzstrecke bleibt.

105      18      Beschluss: 18 : 0

Der gemeindeeigene Ortsbus 232 ist mit der geplanten Tram nach St. Emmeram zu verknüpfen. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem MVG aufzunehmen, um eine örtliche und fahrplanmäßige Verknüpfung der Ortsbuslinie, der neuen Tram, und wenn möglich, der S-Bahn zu erarbeiten.

Az.: 8513  
3.1

106      18

#### **Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der jährlichen Sperrmüllabfuhr**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich zurückgestellt.

#### **Antrag der SPD-Fraktion auf Erstattung der Essensgelder für Kinder von Hartz IV Empfängern**

Mit Schreiben vom 10.09.2008 stellt die SDP-Fraktion im Gemeinderat Unterföhring den Antrag, dass die Essensgelder für Kinder von Hartz IV Empfängern von der Gemeinde erstattet werden.

Es wird folgende Begründung vorgetragen:

„Da viele Kinder der betroffenen Personen aus finanziellen Gründen vom Mittagstisch abgemeldet werden, soll die Gemeinde diese Kosten übernehmen. Ein gemeinsames Mittagessen der Kinder ist nicht nur für die Gesundheit und für die Lernfähigkeit wichtig, sondern es fördert auch den sozialen Kontakt der Betroffenen untereinander.“

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2008 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass am heutigen Tage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Ergänzungsantrag dahingehend gestellt wurde, dass die Erstattung der Essensgelder auch für die Wohngeldempfänger gelten soll.

Dies soll voraussichtlich in der nächsten regulären Sitzung des Gemeinderats behandelt werden.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird vorgeschlagen, dass der Antrag der SPD-Fraktion dahingehend ergänzt wird, dass dieser nur für Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Unterföhring gelten soll.

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

107 18

Beschluss: 18 : 0

Die Essensgelder für Kinder von Hartz IV Empfängern, die Unterförhringer Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen besuchen, werden von der Gemeinde auf Antrag (Anmerkung der Verwaltung) erstattet.

Az.:

0.1; 1.24; 2.1

#### **Festlegung der Trägerschaft für das geplante Kinderhaus in Unterföhring-Süd;**

Die Gemeinde Unterföhring ist derzeit mit der Realisierung eines Kinderhauses in Unterföhring-Süd befasst. Die entsprechenden Verfahren für den Bau werden derzeit durchgeführt.

Um für die künftigen Nutzer (Kinder und Personal) sehr gute Bedingungen zu schaffen, ist es nach Ansicht der Verwaltung dringend erforderlich, die Trägerschaft für das Kinderhaus möglichst frühzeitig zu bestimmen, da die Schwerpunkte der Konzeption frühzeitig mit eingeplant werden sollen.

Dies verhindert, dass später etwaige Umplanungen und damit unnötige Kosten entstehen.

Nachdem die derzeit entstehende Interimstagesstätte, die sozusagen der Vorläufer für das künftige Kinderhaus ist, von der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern, betrieben wird, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die Trägerschaft für das künftige Kinderhaus in stets widerruflicher Weise auch auf die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern, ab Inbetriebnahme zu übertragen.

108 18

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, dass die Trägerschaft für das derzeit entstehende Kinderhaus in Unterföhring-Süd in stets widerruflicher Weise auf die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern, ab Inbetriebnahme dieser neuen Kindertagesstätte übertragen werden soll. Hierzu sind umgehend die Verhandlungen aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der bestehenden Vereinbarungen für andere Kindertagesstätten Unterföhring die entsprechenden Verträge vorzubereiten. Dies gilt insbesondere auch auf die im Hinblick haushaltsrechtlichen Planungen (mittelfristige Finanzplanung).

Az.: 0610

0.1; 1.1; 2.1; 3.1

Herr Dr. Ernstberger und Herr Rott verlassen um 20.55 Uhr den Sitzungssaal.

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Antrag der Grundschule Unterföhring auf Förderung einer zweiten „Bläserklasse“**

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 13.12.2007, Nr. 1160, in dem der Gemeinderat erstmals das Projekt Bläserklasse an der Grundschule 2008 genehmigt hat.

Mit Schreiben vom 18.09.2008 stellt die Schulleiterin Frau Hillen einen Antrag auf Bezuschussung einer zweiten Bläserklasse, da bereits 15 gemeldete Drittklass-Neuzugänge vorliegen.

Die erste Bläserklasse besteht aus den jetzigen Viertklässern.

Laut Schreiben der Musikschule Ismaning vom 05.08.2008 betragen die Kosten ca. 5.000 € und ca. 3.000 € für Leihinstrumente. Die laufenden Kosten 2009 erhöhen sich um 10.000 € auf 20.000 €.

109      16

Beschluss: 16 : 0

Der Gemeinderat stimmt zu, dass an der Grundschule Unterföhring ab 2008/2009 eine zweite Bläserklasse eingeführt wird. Die beantragten Mittel zur laufenden Finanzierung 2009 in Höhe von 20.000 € sind im Haushalt 2009 einzustellen.

Eventuelle überplanmäßige Ausgaben in 2008 bei der Haushaltsstelle 2150.9356 werden genehmigt.

Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger und Herr Rott waren nicht anwesend.

Az.: 203  
2.1; 1.1

#### **Tag der Jugend 2009:**

a) **Antrag auf Verwendung des Unterföhringer Gemeindewappens**

b) **Antrag auf finanzielle Unterstützung**

Herr Rott kehrt um 21.02 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

a) **Antrag auf Verwendung des Unterföhringer Gemeindewappens**

Mit Schreiben vom 16.09.2008 beantragte die Jugendbeauftragte der Gemeinde Unterföhring, Frau Sabine Ebner, die Verwendung des gemeindlichen Wappens für den Jugendtag 2009, der in Zusammenarbeit mit der katholischen Pfarrjugend und der Jugendfreizeitstätte FEZI für das Jahr 2009 in Unterföhring geplant ist. Das Wappen soll dabei für verschiedene Werbemaßnahmen (Plakate, Flyer, Einladungsschreiben und Internetauftritt) zum



## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

110 17

Jugendtag 2009 benutzt werden.

Gemäß Art. 4 Abs. 3 GO dürfen Wappen und Fahnen einer Gemeinde von Dritten nur mit deren Genehmigung verwendet werden.

Der Antrag der Jugendbeauftragten der Gemeinde Unterföhring vom 16.09.2008 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Beschluss: 17 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass gemäß Art. 4 Abs. 3 GO die Zustimmung erteilt wird, das Gemeindewappen anlässlich des Tages der Jugend 2009 (Veranstalter: Katholische Parrjugend, Jugendfreizeitstätte FEZI sowie Jugendbeauftragte der Gemeinde Unterföhring) für verschiedene Werbemaßnahmen (Plakate, Flyer, Einladungsschreiben und Internetauftritt) ab-zudrucken.

Das Gemeindewappen darf in seiner Originalform nicht verändert werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine persönliche Beteiligung der Jugendbeauf-tragten, Frau Ebner, nicht gegeben ist.

- Zustimmende Kenntnisnahme -

Gemeinderatsmitglied Dr. Ernstberger war nicht anwesend.

#### b) Antrag auf finanzielle Unterstützung

Herr Dr. Ernstberger kehrt um 21.04 Uhr in den Sitzungssaal zu-rück.

Mit Schreiben vom 16.09.2008 beantragt die Jugendbeauftragte der Gemein-de Unterföhring, Frau Sabine Ebner, die finanzielle Unterstützung für den Jugendtag 2009, der gemeinsam mit der Katholischen Parrjugend und der Leitung der Jugendfreizeitstätte FEZI geplant ist.

Ein detailliertes Konzept für die Veranstaltung kann derzeit noch nicht festge-legt werden, allerdings soll noch vor Beschluss über den Haushalt über einen entsprechenden Zuschuss für den Jugendtag beschlossen werden, so dass die Planungen aufgenommen werden können.

Die Jugendbeauftragte beantragt für die Realisierung des Projektes Jugend-tag 2009 einen Zuschuss in Höhe von 5.000,- €

Auch beim letzten Jugendtag im Jahre 2006 hat die Gemeinde eine finanziel-le Unterstützung gewährt.

111 18

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat erklärt sich bereit, für die Realisierung des Tages der Ju-gend 2009, der durch die Jugendbeauftragte in Zusammenarbeit mit der Ka-tholischen Pfarrjugend und der Leitung der Jugendfreizeitstätte FEZI geplant wird, einen Betrag von 5.000,- € im Jahr 2009 zur Verfügung zu stellen.

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Entsprechende Haushaltsmittel sind hierfür einzustellen.

Az.:

0.1; 1.1; 2.1; 3.1

#### **Anträge des Fördervereins Soziale Dienste e. V.**

##### **a) zur kostenfreien Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof**

##### **b) auf Einrichtung eines Trauercafes im St.-Valentin-Hof**

##### **a) zur kostenfreien Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof**

Am St.-Valentin-Weg 20 wurde ein Senioren- und Sozialzentrum errichtet. Im Gebäude des St.-Valentin-Hof stehen Seminarräume, Gymnastikräume und ein Bewegungsbad zur Verfügung. Ein Beschluss hinsichtlich eines Nutzungskonzeptes wurde durch den Gemeinderat noch nicht gefasst.

Mit Schreiben vom 12.09.2008 beantragt der Förderverein Soziale Dienste e. V., zur Erweiterung des Beschäftigungsangebotes für die Mitglieder des Fördervereines, die kostenfreie Nutzung der Seminarräume, Gymnastikräume und des Bewegungsbads am St.-Valentin-Weg 20.

Der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e. V. wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Der Erste Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass die Verwaltung gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 25.09.2008 beauftragt wurde, ein abschließendes Nutzungskonzept vorzubereiten.

Die Gemeinderatsmitglieder, Frau Edith Michal und Herr Dr. Günter Ernstberger, nehmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil, da sie erste bzw. zweite/r Vorsitzende/r des Fördervereins Soziale Dienste e. V. (Antragsteller) sind.

Von Herrn Prieler wird beantragt, dass der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e. V. auf kostenfreie Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof beim Nutzungskonzept, das die Verwaltung vorlegen wird, berücksichtigt wird. Der Vorsitzende lässt über den Antrag des Herrn Prieler abstimmen.

112 16

Beschluss: 4 : 12

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass gemäß dem Ergänzungsantrag von Herrn Prieler der Förderverein Soziale Dienste e. V. mit seinem Antrag auf kostenfreie Nutzung von Räumen im St.-Valentin-Hof bei der Erstellung des Nutzungskonzeptes berücksichtigt wird.

Gemeinderatsmitglied Frau Michal und Herr Dr. Ernstberger haben sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Bera-

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

113 16

tung und Abstimmung nicht beteiligt.

Nachdem dieser Antrag des Herrn Prieler keine Mehrheit findet, lässt der Vorsitzende über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss: 16 : 0

Bis zur Vorlage des Nutzungskonzeptes und Entscheidung des Gemeinderates wird die Behandlung des Antrags des Förderverein Soziale Dienste e. V. zurückgestellt.

Gemeinderatsmitglied Frau Michal und Herr Dr. Ernstberger haben sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

#### b) auf Einrichtung eines Trauercafes im St.-Valentin-Hof

Am St.-Valentin-Weg 20 wurde ein Senioren- und Sozialzentrum errichtet. Im Gebäude des St.-Valentin-Hof stehen Seminarräume zur Verfügung. Ein Beschluss hinsichtlich eines Nutzungskonzeptes wurde durch den Gemeinderat noch nicht gefasst.

Mit Schreiben vom 12.09.2008 beantragt der Förderverein Soziale Dienste e. V. die kostenfreie Nutzung der Seminarräume am St.-Valentin-Weg 20 vorerst einmal im Monat am Dienstagnachmittag von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr – zur Einrichtung eines Trauercafes.

Der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste e. V. wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Der Erste Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass die Verwaltung gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 25.09.2008 beauftragt wurde, ein abschließendes Nutzungskonzept vorzubereiten.

Die Gemeinderatsmitglieder, Frau Edith Michal und Herr Dr. Günter Ernstberger, nehmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil, da sie erste bzw. zweite/r Vorsitzende/r des Fördervereins Soziale Dienste e. V. (Antragsteller) sind.

114 16

Beschluss: 16 : 0

Bis zur Vorlage des Nutzungskonzeptes und Entscheidung des Gemeinderates wird die Behandlung des Antrags des Fördervereins Soziale Dienste e. V. zurückgestellt.

Gemeinderatsmitglied Frau Michal und Herr Dr. Ernstberger haben sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az.: 610/3

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

3.4; 3.1; 2.1

**Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e. V.; Aufbau eines Betreuungsnetzes für Kinder im ersten Lebensjahr sowie Antrag auf zusätzliche finanzielle Unterstützungsleistungen**

Mit Schreiben vom 09.07.2008 (Posteingang: 25.09.2008) beantragt der Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e.V. im künftigen Stellenplan eine Halbtagsstelle zum Aufbau eines Betreuungsnetzes für Kinder im ersten Lebensjahr auszuweisen. Ferner sind durch die Gemeinde die Kosten zu tragen, die durch gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Unterstützungsleistungen entstehen.

Der Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e. V. vom 09.07.08 wurde am 02.10.2008 an die Gemeinderäte zugestellt.

Die Gemeinderatsmitglieder, Frau Edith Michal und Herr Dr. Günter Ernstberger, nehmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil, da sie erste bzw. zweite/r Vorsitzende/r des Fördervereins Soziale Dienste e. V. (Antragsteller) sind.

Der Vorsitzende teilt in diesem Zusammenhang mit, dass ohnehin für den Stellenplan 2009 seitens der Verwaltung vorgesehen sei, im Bereich Soziale Sicherung/Sozialamt/Kinderbetreuung eine weitere Teilzeitstelle zur Bewältigung der gestiegenen Aufgaben zusätzlich im Verwaltungsbereich vorzusehen.

115      16

Beschluss: 16 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass neben den steigenden Fallzahlen und deren Bewältigung auch zum Aufbau eines Betreuungsnetzes für Kinder im ersten Lebensjahr im künftigen Stellenplan eine Teilzeitstelle ausgewiesen wird. Die Stellenmehrung ist im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 erstmalig auszuweisen.

Ferner sind die Kosten zu tragen, die durch gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Unterstützungsleistungen entstehen.

Gemeinderatsmitglied Frau Michal und Herr Dr. Ernstberger haben sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Az.:

0.1; 1.24; 2.1

### **Bekanntgaben und Anfragen**

- ❖ Linienwegführung Ortsbus Unterföhring und Anerkennung Unterföhringer Bonuskarte:

Der Vorsitzende gibt das Schreiben des MVV vom 29.08.2008 zur Linienwegführung des Ortsbusses Unterföhring und zur Anerkennung

## 07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

der Unterföhringer Bonuskarte im Gremium des Gemeinderats bekannt.

- ❖ Weiter wird das Schreiben des Landratsamtes München vom 01.10.2008 hinsichtlich der Beschlussfassung des Kreisausschusses zu den einzelnen Unterföhringer Buslinien bekannt gegeben.
- ❖ Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Nachbarschaftshilfe vom 08.10.2008 zum Betrieb des Kinderparkes durch die Nachbarschaftshilfe im September 2008 bekannt, insbesondere wird ausgeführt, dass 31 Kinder neu aufgenommen werden konnten.
- ❖ Des Weiteren gibt der Vorsitzende das Schreiben der Landrätin des Landkreises München, Frau Rumschöttel, vom 15.09.2008 bekannt, wonach der Bayerische Staatsminister des Innern die Gemeinderäte bzw. ehemaligen Gemeinderäte, Herrn Axenbeck, Herrn Mecke, Herrn Post, Herrn Spitzweg sowie Herrn Weingärtner mit Dankesurkunde des Freistaates Bayern für langjähriges Wirken in der Kommunalen Selbstverwaltung ausgezeichnet habe. Diese werden im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 13.11.2008 ausgehändigt.

Aus der Mitte des Gemeinderats ergibt sich folgende Anmerkung:

- ❖ Von Herrn Ebert wird ausgesagt, dass die Koordination der Baustellen für die Geothermie nicht optimal funktioniere, denn beispielsweise sei die Schule vergangene Woche mit dem Fahrzeug nicht erreichbar gewesen.

Der Vorsitzende dankt den Zuhörern sowie der Presse für die Aufmerksamkeit und schließt die öffentliche Sitzung um 21.35 Uhr.

---

Schwarz  
Erster Bürgermeister

---

Keil  
Schriftführerin

## **07. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2008**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

**Vortrag - Beschluss**

---